

**STADT MANNHEIM²**

Neujahrsansprache von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz

Neujahrsempfang der Stadt Mannheim 2016

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
meine Damen und Herren Abgeordnete des Europäischen Parlaments, des Bundestags, und des Landtags, lieber Professor Dr. Prantl,
liebe Bürgerinnen, liebe Bürger Mannheims und der Metropolregion,
liebe Gäste,
ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem Neujahrsempfang.

Ich heiße Sie alle willkommen auch im Namen des Gemeinderats, der hier anwesenden Fraktionsvorsitzenden Eisenhauer, Südmersen und Grunert, sowie im Namen der Kolleginnen und Kollegen Specht, Dr.Freundlieb, Grötsch, Kubala und Quast und im Namen meines Amtsvorgängers und unseres Ehrenbürgers Gerhard Widder. Und ich begrüße und beziehe unseren Ehrenbürger Dr.Manfred Fuchs mit ein.

Wie jedes Jahr bitte ich um Verständnis, dass ich aus Zeitgründen auf unsere ausgelegte Begrüßungsliste verweise und die zahlreichen Ehrengäste nicht einzeln nenne.

Ihre Anwesenheit ehrt uns und Sie drücken damit Ihre Verbundenheit mit unserer Stadt aus.

Sehr herzlich begrüße ich unseren Gastredner beim heutigen Neujahrsempfang: den unter seinen Kollegen zu Recht als Instanz geltenden Journalisten und Ressortleiter Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, Professor Dr.Heribert Prantl. Für unser heutiges Thema hätten wir kaum einen berufeneren Redner finden können. Die Vielzahl der Tätigkeiten und Auszeichnungen des Juristen, Dozenten und Journalisten hier zu nennen, würde den Rahmen bei Weitem sprengen.

Mit besonderem Bezug zum heutigen Thema seien nur die Bayerische Verfassungsmedaille, der „Hildegard-Hamm-Brücher-Preis für Demokratie“, der „Arnold-Freymuth-Preis für Verdienste um den demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ und der „Geschwister-Scholl-Preis“ genannt.

Sehr geehrter Herr Professor Prantl, wir freuen uns sehr auf Ihren Vortrag.

Meine Damen und Herren,

Ihnen allen wünsche ich – auch im Namen meiner Frau - ein gutes, ein glückliches 2016, Gesundheit, Erfolg und persönliches Glück und uns allen mehr inneren und äußeren Frieden.

Wir gehen in dieses neue Jahr wohl nachdenklicher als dies in den letzten Jahrzehnten die Regel war. Das Jahr 2015 hat tiefe Unsicherheit ausgelöst - mit der Griechenlandkrise, dem Terror islamistischer Extremisten, dem Zerfall von Staaten des mittleren Ostens und Nordafrikas und damit von Staaten an den europäischen Grenzen, der Zuwanderung von über 1 Mio. Flüchtlingen, dem Aufbrechen der politischen Unterschiede in Europa, dem Vormarsch populistischer Bewegungen und ihrem ungehemmten Zugriff auf Rechtsstaat und Medien, aber auch durch die Entwicklungen in Russland und der Türkei.

Meine Generation ist aufgewachsen in einem Gefühl stetigen, wenn auch mit Rückschlägen versehenen Fortschritts zu einer humaneren Welt. Wir erkennen: diese Richtung ist nicht selbstverständlich. Verluste des sicher Geglaubten sind möglich. Doch in der Häufung der Herausforderungen und schlechter Nachrichten übersehen wir vielleicht die Fortschritte, die es trotz allem gab:

Paris war im Jahr 2015 eben nicht nur der Ort des Terrors, sondern auch der Ort der Hoffnung für das Weltklima und eines weltweiten Bekenntnisses zu regenerativen Energien, was vor gerade einmal 5 Jahren noch als illusionärer deutscher Sonderweg diskutiert worden war.

Und 2015 war, wenn man beispielsweise den UN-Bericht zu den Millenniumszielen betrachtet, ein durchaus erfolgreiches Jahr in der Geschichte der Menschheit, was die Bekämpfung von Ungleichheit, Bildungsungerechtigkeit und bitterster Armut angeht.

Für eine Stadt wie Mannheim mit ihren Menschen aus 170 Nationen sind globale Entwicklungen in besonderer Weise spürbar und relevant. Ob die weitere Belegung von Coleman aufgrund der Entwicklung in der Ukraine, die Unterbringung von aktuell rund 10.000 Flüchtlingen in unserer Stadt, die Debatten um ein friedliches Miteinander in Mannheim vor dem Hintergrund der kurdisch-türkischen Auseinandersetzungen genauso wie die Frage, welche Rolle der Islam in unserer Gesellschaft spielt, oder auch die unmittelbaren Auswirkungen internationaler Entwicklungen auf eine lokale Wirtschaft, die zu 67 Prozent exportabhängig ist: Noch weniger als andere können wir die Augen vor globalen Entwicklungen verschließen.

Das ist nicht neu: Mannheim war nie eine ruhige Stadt, eine Stadt ohne große Risiken. Mannheim wurde selten etwas geschenkt und musste zumindest seit 1779 (dem Wegzug des Hofs nach München) immer um seine Entwicklung ringen und aus eigener Kraft seine Zukunft gestalten.

Die Geschichte unserer Stadt gibt uns einen Fingerzeig und mehr noch – einen Auftrag, uns bei der Alternative, vor die wir immer wieder neu gestellt werden, für Offenheit, aktives Handeln und Mut anstelle von Abschottung, Passivität und Angst zu entscheiden. Den Auftrag, zu dieser positiven Entscheidung Mannheims immer wieder neu beizutragen und dafür Verantwortung zu übernehmen, habe ich im Juli des letzten Jahres gerne für weitere 8 Jahre angenommen.

Für aktives Tun steht auch dieser Neujahrsempfang mit seinen mittlerweile um die 10.000 Gästen. Er ist eine Mannheimer Besonderheit, die kein Zufall ist. Der Neujahrsempfang ist ein Ort der Begegnung und des Austauschs. Er zeigt eindrucksvoll, welche Vielfalt, welch kraftvolles Engagement unsere Stadt prägt und ist damit auch ein Ort von Bestärkung und Zuversicht, ein Symbol unserer Stadtgemeinschaft. Heute präsentieren sich Hunderte von Aktiven, aber auch viele Institutionen. Allen, die diesen Tag vorbereitet haben und die hieran mitwirken, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

Meine Damen und Herren,

der Sozialphilosoph Axel Honneth, der im vergangenen Jahr den Ernst-Bloch-Preis unserer Nachbarstadt Ludwigshafen bekam, beschrieb in seiner im Mannheimer Morgen dokumentierten Preisrede den derzeitigen Bewusstseinszustand als „tostloses Paar aus mangelnder Zukunftsgewissheit und Willenlosigkeit“. Er empfiehlt als Therapie einen Blick auf die Fortschritte der Vergangenheit. Er spricht von einer nötigen geschichtsphilosophischen Fantasie, die- wie er sagt – „unser eigenes Bewirken moralischen Fortschritts zum Leuchten bringt“.

Gibt es unter diesem Aspekt nicht auch 2015 vieles, was uns hoffnungsvoll stimmen kann? Begründeter Anlass für Zuversicht?

Vor einem Jahr, am 17. Januar 2015 versammelten sich 12.000 Menschen zu einer der größten Demonstrationen der Nachkriegszeit in unserer Stadt - unter dem Eindruck von Pegida, aber auch unmittelbar unter dem Eindruck der Anschläge in Paris.

Ich habe damals gesagt: "Dies ist ein Tag, der uns als Mannheimer stolz machen kann. Die Tradition der weltoffenen Stadt lebt. Es gibt Tausende, die sich für Offenheit, Toleranz, eine Willkommenskultur und ein friedliches Zusammenleben einsetzen - nicht nur an diesem Tag, sondern in vielen Taten des Alltags, in Beiträgen zur Verständigung, in der konkreten Hilfe für Flüchtlinge und Zuwanderer, in vielen Begegnungen." Nach einem Jahr kann dieser Satz mit noch viel mehr Berechtigung gesprochen werden und dafür möchte ich den so vielfältig Engagierten aus den etablierten Rettungsdiensten und Wohlfahrtsorganisationen, aber auch den vielfältig neu entstandenen Initiativen sehr herzlich danken.

Die praktische Hilfe hat dafür gesorgt, dass wir in einer Situation, in der Staat und Kommunen allein nicht handlungsfähig genug gewesen wären, das Notwendigste leisten konnten. Dies hat nicht nur den Flüchtlingen, es hat uns allen geholfen, übrigens auch denen, die sich skeptisch zurückziehen. Es hat unserem Land geholfen. Mit ihrem Handeln und ihrer unmittelbaren Zuwendung eröffnen die Engagierten ebenso ganz praktisch einen Weg zu unseren Haltungen und Werten. Dies ist zugleich ein gutes Beispiel für die Frage, wer gestaltet eigentlich? Es sind wir alle - durch praktisches Tun oder Nichtstun.

Dabei gilt für diejenigen, die sich am 17. Januar versammelt haben wie für diejenigen, die praktische Hilfe leisten: Sie haben durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber, wie eine Flüchtlings- und Einwanderungspolitik im Einzelnen aussehen soll.

Es besteht aber Einigkeit darin, dass wir zunächst Menschen als Menschen begegnen - offen und nicht beladen mit Angst und Misstrauen. Das schließt nicht aus, dass wir im Einzelfall auch schlechte Erfahrungen machen. Diese dürfen aber unsere Haltung nicht verändern, den konkreten Menschen zu sehen, Respekt zu zeigen. Wir dürfen auf dieser Basis umgekehrt ebenso Respekt erwarten.

Auch wenn die Diskussionskultur in unserem Land schwierig geworden ist, eine differenzierte Position kaum gehört wird oder durch irgendeinen Halbsatz den pauschalen Alternativen „Pro Flüchtlinge“ oder „Contra Flüchtlinge“ zugeschlagen wird: Viele, für unser Land überfällige Debatten haben im letzten Jahr zu Ergebnissen geführt:

Beispielsweise zur Erkenntnis, dass es uns bei der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte oft zu wenig gelungen ist, Wege in die Gesellschaft, Wege des Aufstiegs zu eröffnen und dass wir dies ändern müssen,

zur Erkenntnis, dass dies der Anstrengungen bedarf, die nicht irgendwohin delegiert werden können, sondern dass es um gemeinsames Bemühen geht.

Genauso zur Erkenntnis, dass wir stärker um unsere Grundwerte ringen, für sie eintreten müssen, sie auch in den Mittelpunkt eines Verständigungsprozesses stellen müssen,

zur Erkenntnis, dass wir ein Einwanderungsland sind, das für Menschen, die hier arbeiten wollen und können, auch legale Perspektiven der Zuwanderung bieten muss,

genauso wie zur Erkenntnis, dass wir mehr internationale Verantwortung übernehmen müssen im Sinne der Hilfe und gerechterer Verhältnisse in den Herkunftsländern.

Wir haben als Stadt in diesen Fragen besondere Erfahrungen und Potentiale genauso wie besondere Aufgaben.

Wir haben vor 15 Monaten als Kommune einen eigenen Entwicklungsplan Bildung und Integration vorgelegt, weil wir wissen, dass ohne „Bildungserfolg in der Einwanderungsgesellschaft“ Integration, d.h. Teilhabe und Zugehörigkeit nicht gelingen kann.

In einer Stadt, in der knapp 60% der unter 18jährigen aus Zuwandererfamilien stammen, sind unsere erzielten Fortschritte wie die Halbierung des Sprachförderbedarfs oder die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher auch unmittelbare Integrationserfolge.

Wir führen in Mannheim auch eine offensive Diskussion über die für unser Zusammenleben unverzichtbaren Werte.

Dies galt für 2015 in besonderen Maß: Im vergangenen Jahr haben wir mit Dutzenden von Organisationen eine wichtige Diskussion geführt, wie wir unsere Mannheimer Erklärung zum Geist der Offenheit, der Toleranz und der Verständigung von 2009 erweitern können. Es geht dabei darum, alle darauf zu verpflichten, der Herabwürdigung von Menschen keinen Vorschub zu leisten. Die erste Mannheimer Erklärung, die von über 100 Organisationen unterzeichnet war, hat dies ausschließlich für die Religionen und die kulturelle Herkunft beschrieben. Nun geht es darum, dass sich alle auch gegen die Herabwürdigung und Ausgrenzung wegen des Geschlechts, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung wenden. Ich habe große Zuversicht, dass wir diese Erklärung im Februar in großer Breite verabschieden.

Sie ist genau das, was in Talkshows so gerne eingefordert wird: ein gemeinsames Bekenntnis zu Werten und zu Regeln des Umgangs. Sie können auch eine Basis sein zur Vermittlung von Regeln gerade von Menschen mit Einwanderungserfahrung an neue Zuwanderer. Und sie beinhaltet einen Grundgedanken, der für unsere Stadt von besonderer Bedeutung ist, nämlich das Bekenntnis

migrantischer Vereine und Institutionen zu ihrer Verantwortung, dass Konflikte in den Herkunftsländern das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt nicht gefährden dürfen. Meine Damen und Herren, das Leitbild Mannheims ist nicht das unverbundene Nebeneinander von Multi-Kulti. Unser Leitbild ist Zusammenleben in wechselseitiger Achtung auf Basis gemeinsam geteilter Werte.

All dies zeigt auch, dass wir die Herausforderungen und Schwierigkeiten eines Zusammenlebens in Vielfalt ernst nehmen. Sorgen nehmen wir selbstverständlich ernst, denn alle in Verantwortung haben selbst Sorgen. Wir müssen ihnen aber mit ethisch verantwortlichem und praktischem Handeln begegnen.

Der Blick auf begründete Hoffnungen bedeutet nicht, die Rückschläge, die Konflikte zu verschweigen. Auch jenseits der Unterbringung von Flüchtlingen sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass sich Stadtteile sozial entmischen, in Stadtteilen und Quartieren wie der Neckarstadt-West 25% der Bevölkerung jedes Jahr wechseln. Immer von neuem müssen dort Regeln vermittelt und ausgehandelt werden. Und wir müssen auch darauf reagieren, dass – auch durch andere gesellschaftliche Entwicklungen - Normen nicht mehr - mehr oder weniger selbstverständlich - eingehalten werden, sondern in höherem Maß überwacht und auch durchgesetzt werden müssen. Auch das löst Irritation und Unsicherheit aus. Hier haben wir Nachholbedarf und das kann nicht nur ein kommunales Thema sein. Jeder Bürger und jede Bürgerin in Mannheim haben das Recht, sich sicher zu fühlen.

Gerade mit Blick auf Köln und Hamburg und auch auf Erfahrungen, die wir vor Ort machen mussten, muss klar sein: an der Fähigkeit und dem Willen zur Durchsetzung unserer Rechtsnormen darf kein Zweifel bestehen und wir müssen in der Lage sein im Einzelfall auch ausländerrechtliche Konsequenzen zu ziehen und vor allem auch umzusetzen.

Mit Blick auf 850 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015 gilt aber ebenso, dass wir dem Recht Geltung verschaffen müssen und dass sich in Deutschland sicher fühlen können muss, wer hier Zuflucht gefunden hat.

Reagiert muss auch auf die Zuwanderung aus der EU werden: erstens mit mehr Mitteln zur Arbeitsmarktintegration, weil wir ausbeuterische Verhältnisse hier nicht zulassen wollen, zweitens aber auch mit der Einschränkung des Leistungsbezugs aus der Sozialhilfe, wenn keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt besteht.

Maßstab für all unser Handeln und das von Bund und Land muss das praktische Gelingen des Zusammenlebens vor Ort und die soziale Stabilität und Durchlässigkeit der Stadtteile sein. Das ist nicht nur ethische Verpflichtung, es ist auch der beste Beitrag zur Bewahrung des inneren Friedens.

Meine Damen und Herren,

2015 zeigte uns, dass wir ohne auf Zuversicht beruhendes Handeln Chancen und Zukunft verspielen würden.

Das eindrücklichste Beispiel dafür war der Kauf von Funari, Benjamin-Franklin und Sullivan durch unsere stadtteigene Projektentwicklungsgesellschaft MWSP.

Für mich persönlich war der Augenblick, als mir die damalige Entscheidung des Bundes mitgeteilt wurde, dass ein Kauf nicht möglich ist und der Bund für die Flüchtlingsunterbringung selbst dauerhaft auf das Gelände Zugriff nehmen möchte, der schwierigste Augenblick des Jahres. Jahre von Entwicklungsarbeit, 1,2 Milliarden überwiegend privater Investitionen, die Entwicklung eines neuen attraktiven Stadtteils schienen verloren. Durch intensive Verhandlungen ist es glücklicherweise anders gekommen und dies hat zum einen damit zu tun, dass wir überzeugen konnten, dass wir unserer gesamtstaatlichen und humanitären Verpflichtung zur Unterbringung der Flüchtlinge in besonderer Weise nachkommen und dass Flüchtlingsunterbringung gerade nicht gegen nachhaltige Quartiersentwicklung und Wohnungsbau ausgespielt werden darf.

Zum anderen ist es aber auch nur deshalb gelungen, weil wir mit einem klaren Gestaltungswillen die Konversion entschieden angegangen waren und so eine weit vorangetriebene Planung und Investitionspartner nachweisen konnten.

Wären wir den Stimmen gefolgt, die einen städtischen Erwerb abgelehnt haben, oder denen, die die ambitionierten Planungen als illusionär abgetan haben, wäre Franklin nicht das größte Investitionsprojekt in der Stadtgeschichte der letzten Jahrzehnte sondern auf unabsehbare Zeit eine Bundeseinrichtung.

Wir wären nicht aktive Gestalter, sondern Zuschauer geworden. Gerade die konsequente Verfolgung einer Vision hat uns handlungsfähig gemacht. Sie ist die Alternative zu der von Axel Honneth beschriebenen „Willenlosigkeit“.

Ich werbe daher auch in Betrachtung der nächsten Monate und Jahre für eine durch gemachte Erfahrung begründete Zuversicht.

Die Unkereien, dass das Land seine eingegangene Verpflichtung zur Räumung nicht einhalte oder die Realisierung der Investitionen wegen der parallel betriebenen Flüchtlingsunterkunft illusionär seien, bringen uns keinen Schritt weiter. Im Gegenteil: dass wir uns auf Zusagen des Landes und die Investoren verlassen und unser Handeln danach ausrichten, ist die notwendige Botschaft, um ein so zentrales Vorhaben der Stadtentwicklung anzugehen,

Die Entwicklung auf den Projekten Turley und Taylor im vergangenen Jahr zeigt ebenso, dass Mutlosigkeit und Überbetonung der Risiken schlechte Ratgeber gewesen wären. Alternative Baugruppen, inklusive Wohnangebote für Menschen mit und ohne Behinderung, Pflege- und Unterstützungsdienste für Ältere, Lofts in alten Kasernen, ein internationaler Kindergarten, aufstrebende Unternehmen, Galerien oder eine Ballettschule feiern in kurzer Abfolge Richtfeste oder Einweihungen auf Turley. Eine Mischung, an die viele nicht glauben wollten. Und Taylor entwickelt sich in Teilen schneller als man schauen kann. Durch den Masterplan des in Burkina Faso geborenen deutschen Architekten Francis Keré und die intensiven Gespräche mit den Investoren über neue Mobilitätskonzepte entsteht dort kein reiner Logistikpark, sondern ein in dieser Form einmaliges Gewerbegebiet.

Menschen lassen sich von der Konversion begeistern. Als zukünftige Bewohner, als Unternehmer und Gestalter. Wir haben bei Franklin einen Entwicklungsstand, der ähnliches verspricht, wie sich in Turley heute schon zeigt. Ein buntes, innovatives Quartier, das unsere Stadt bereichert und interessant wird nicht nur für die, die dort wohnen.

Keine Arrondierung der Stadt in der Wiederholung bekannter Muster, sondern etwas Neues. Die Dimension, Ambition und Qualität motivierte auch überregional Akteure, sich für Mannheim zu interessieren.

Ohne Mut und Vision hätte Mannheim 2015 auch nicht den mit 6,6 Mio.€ höchsten Förderbetrag im Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sichern können, der nun für das neue Stadtarchiv im Ochsenpferchbunker in der Neckarstadt fließt. Das Projekt verbindet Identitätsstiftung und Geschichtszeichen, soziale Stadtteilentwicklung und konzeptionellen wie architektonischen Anspruch.

Sternwarte und Augusta-Anlage sind ebenso Beispiele, wie Bürgerschaft und Stadt gemeinsam wichtige Orte unserer Identität gestalten und für die Zukunft bewahren. Unsere Investitionen sind kein geschichtsvergessenes „nach vorne“, sondern bewusste Fortschreibung der positiven Traditionen.

Meine Damen und Herren,

2015 war auch ein Jahr, in dem wichtige Grundlagen für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung geschaffen wurden. Dabei meine ich nicht allein, dass wie in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitsplätze noch einmal um rund 3000 gestiegen ist - auf nunmehr 180.000, und die Arbeitslosigkeit weiter gesunken ist auf 5,5% und damit auf den besten Wert seit weit mehr als dreißig Jahren. Denn auch hier geht es darum, sich nicht passiv den Risiken des Strukturwandels, die in Mannheim trotz dieser Zahlen besonders virulent sind, auszuliefern. Über Jahre haben wir konsequent in die Bereiche Gründer und Kreativstadt investiert, und uns erfolgreich um eine Stärkung des Forschungsstandorts bemüht, um ein attraktives Umfeld für neue Innovationen und Unternehmen zu schaffen.

Mehr und mehr zeigt sich, wie richtig dieser Ansatz ist. So ist die Digitalisierung aller Lebensbereiche und damit auch der Produktion gerade für traditionelle Wirtschaftsstandorte ein Thema von zentraler Bedeutung. Die neue Wirtschaftswelt wird entscheidend von Innovationen kleiner, überwiegend neu gegründeter Unternehmen, voraussichtlich im Umfeld großer Unternehmen geprägt werden. Das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung schreibt „Im Kampf gegen die Krise braucht Europa Innovationen und Unternehmensgründungen“. Und der französische Nobelpreisträger Jean Tirole formuliert: „Wir werden im 21. Jahrhundert nicht mehr um Standortkosten konkurrieren, sondern um Innovationen.“

Wir knüpfen an unsere große Tradition als Stadt der Innovationen an. Deshalb befördern wir die Verbindung von Wirtschaft und Forschung, Clustern und Gründerlandschaften, urbaner Profilierung und Marketing. Mannheim und die Region können und müssen sich profilieren als die Gründerstadt und -region und als Ort neuer Möglichkeiten. Allein 4 Gründerzentren wurden im Jahr 2015 in Dienst gestellt. Wir bieten damit eine in Deutschland einmalige Unterstützungsstruktur mit genausoviel Flächen für Gründer wie das Land Berlin. Mit einem neuen Entwicklungszentrum Medizintechnologie und dem dazugehörigen Forschungscampus der L-Bank werden wir dies noch ausweiten. Das alles sind auch Argumente für die Stabilisierung der Standorte großer internationaler Konzerne, um die wir immer wieder neu ringen müssen – wie im letzten Jahr bei Bombardier und jetzt bei Alstom bzw. GE.

Was wir noch brauchen ist mehr wechselseitige Wahrnehmung und Vernetzung der Akteure in der Region. Und auch die Bereitschaft, dies mit Stolz nach außen zu tragen und bekannt zu machen.

Bei der Profilierung der Stadt geht es im Übrigen nicht nur um das Feld der Wirtschaft, sondern um die Darstellung und Entwicklung Mannheims als attraktiver Lebensort. Wir neigen in letzter Zeit dazu, hier zu defensiv zu sein. Dabei gibt es, meine Damen und Herren, nicht nur eine Gefahr der

Selbstüberschätzung, es gibt auch eine Gefahr der Selbstunterschätzung, die deutlich weniger oder nichts erreichen lässt von dem, was möglich wäre.

Worauf ich mit Blick auf 2015 Bezug genommen habe, wird uns auch 2016 beschäftigen.

Mannheim wird auch 2016 wachsen. An Bevölkerung und das nicht allein wegen der Zuwanderung, sondern auch durch neue, attraktive Wohnangebote. 2016 werden so viele Wohnungen im Bau sein wie seit Jahren nicht.

Die Unterbringung von Flüchtlingen wird weiter ein zentrales, vielleicht aber nicht mehr so dominantes Thema sein wie in den letzten Monaten. Wir werden Erstaufnahmestadt für das Land bleiben. Eine Zuweisung von Flüchtlingen zur kommunalen Aufnahme in Mannheim wird es nach meiner Einschätzung nicht geben. Ob und wie viele anerkannte Flüchtlinge sich in Mannheim niederlassen werden, ist offen und hängt sicher davon ab, wie der rechtliche Rahmen gestaltet werden wird. Nach Einschätzung der Bundesagentur ist für Mannheim mit einem eher begrenzten Zugang von 800 Flüchtlingen im erwerbsfähigen Alter für das Jahr 2016 zu rechnen.

Das große Bauen ist 2016 nicht beendet. Im Gegenteil. Aber drei der derzeit größten Bauvorhaben werden 2016 fertig gestellt werden.

Mit Q6/Q7 erfährt Mannheims Innenstadt eine außergewöhnliche Erweiterung. Nicht nur als Einkaufsstandort, sondern auch mit neuen Wohnangeboten und als Tagungsstadt.

Die neue Stadtbahnlinie Nord wird 1 Mio. neuer Fahrgäste für den ÖPNV gewinnen und damit Lebensqualität verbessern.

Und die neue Feuerwache wird ein Meilenstein für unsere Sicherheit und zugleich ein städtebaulicher Akzent eines neuen Quartiers.

Die großen baulichen Veränderungen und Projekte im Kernbereich der Stadt werden sich bis 2020 fortsetzen. Der Neubau der Kunsthalle, Plankenumbau, Ausbau Radwegenetz, die Erweiterung von Universität und ZI, Wohnungsbau und Quartiersplatz auf T4 und T5 sind die Stichworte.

In Benjamin-Franklin werden ab April die Arbeiten auf einer der größten Baustellen der Bundesrepublik beginnen.

In den nächsten Wochen wird sich auch entscheiden, ob wir den großen Grünzug, der in den letzten Jahren über Studien und einen internationalen Wettbewerb als konkrete gestalterische Vision entwickelt wurde, realisieren werden. Er ist ein überzeugendes, städtebauliches und landschaftsgestalterisches Konzept für die nächsten Jahrzehnte und weit mehr als eine simple Begrünung. Derzeit ist nicht klar, ob – auch jenseits der Straßenfrage – die wesentlichen Eckpunkte

noch eine breite Mehrheit im Gemeinderat haben. Dabei geht es nicht um Hobbys und Lieblingsprojekte, wie wieder und wieder behauptet wird, sondern um die Frage, wie und in welchem Zeitrahmen die Potentiale der Freigabe von Spinelli für eine moderne, attraktive und ökologische Stadtentwicklung genutzt werden können.

Auch hier gilt das zu Franklin Gesagte: ohne eine überzeugende Planung und einen klaren Zeitrahmen, wie ihn eine Bundesgartenschau 2023 bietet, sind wir absehbar Zuschauer statt Gestalter, denn Spinelli gehört derzeit zu weiten Teilen dem Bund.

Gefeiert werden wird 2016- in besonderer Weise in Seckenheim, Feudenheim und Wallstadt. 1250 Jahre werden die Vororte alt, die sich damit auf ihre Erwähnung im Lorscher Kodex beziehen. Allen ist gemeinsam, dass sie ihren besonderen Charakter und die Erinnerung an ihre Geschichte bewahrt haben, trotz der Einbeziehung in das städtische Gefüge. Und nicht von ungefähr gehören sie zu den begehrtesten Wohnstandorten in Mannheim. Auch an die Erwähnung des Dorfes Mannheim werden wir, insbesondere am 17. März, erinnern. Mannheim als Stadt entwickelte sich jedoch nicht aus dem im Lorscher Kodex erwähnten Dorf. Im Gegenteil: Die Geschichte des Dorfes endete durch die Neubegründung der Stadt mit der Grundsteinlegung für den Festungsbau am 17. März 1606.

Meine Damen und Herren,

die aktuelle finanzielle Situation gibt zwar nicht zum Feiern Anlass, sie ist aber solide. Das würde sich mit Blick auf die nächsten Jahre ändern, wenn wir nicht reagieren. Deshalb werden wir im Laufe der nächsten Monate ein drittes Haushaltsstrukturprogramm konkretisieren, das bis 2019 zu jährlichen Verbesserungen von über 40 Mio.€ führen soll. Gleichzeitig planen wir große Investitionen. Wie passt das zusammen? Der Verzicht auf Investitionen, den manche vorschlagen, ist ökonomisch falsch. Er würde uns unserer Zukunftsfähigkeit berauben.

So hat das Deutsche Institut für Wirtschaft vor wenigen Wochen darauf hingewiesen, dass sich die Ungleichheit in Deutschland dadurch verschärft, dass Städte im Norden und Westen pro Kopf der Bevölkerung nur 100€ im Jahr investierten, im Süden aber 400€ - letzteres eine Zahl, die wir übrigens auch in starken Jahren nicht ganz erreichen. Der Erhalt der Investitionskraft ohne Netto-Neuverschuldung, ist also gerade das Ziel der Strategischen Haushaltskonsolidierung, die uns einiges abverlangen wird – vor allem auch vom Gemeinderat, sich zu Einsparungen zu bekennen.

Schon einmal – in der Krise 2010 – habe ich das Bild vom gleichzeitigen Bremsen und Gas geben verwendet, wie es nötig ist, um in einem Rennen einerseits mitzuhalten und zugleich sich nicht aus der Spur tragen zu lassen.

Meine Damen und Herren,

2016 steht die für uns bedeutsame Landtagswahl an, jedoch keine kommunale Wahl.

Gleichwohl oder vielleicht gerade deswegen ist 2016 ein guter Zeitpunkt, um das Thema der lokalen Demokratie besonders intensiv zu behandeln, womit wir heute auf diesem Neujahrsempfang beginnen.

Die Demokratie selbst steht auf der politischen Tagesordnung. Aus vielen Gründen. Der gefühlte Demokratieverlust durch immer mehr supranationale Entscheidungen will ausgeglichen sein. Am besten vor Ort. Die zunehmende Individualisierung bildet sich auch politisch ab.

Und die sogenannten vermittelnden Instanzen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände, Personal- und Betriebsräte verlieren nicht nur Bindungskraft, sondern auch an Vermögen Vorklärungen zu organisieren, Interessen zu bündeln und staatliches Handeln zu erklären. Aus all dem folgt, dass trotz einer breiten Zustimmung zur „Demokratie“ im Abstrakten, Distanzierung und Vertrauensentzug im Konkreten zunehmen. Ob über Parkraumbewirtschaftung in der Oststadt oder über die richtige Flüchtlingspolitik diskutiert wird: immer häufiger wird zugleich thematisiert, ob es sich um legitime, demokratisch gefällte Entscheidungen handelt.

Wir haben uns in Mannheim in besonders intensiver Weise zur Stärkung der Demokratie neuen Beteiligungsverfahren geöffnet. Noch nie hat so viel Bürgerbeteiligung stattgefunden. Sie gibt – das ist heute erkennbar – aber auf die aufgeworfenen Fragen nicht allein eine Antwort. Sie macht Entscheidungen oft besser; sie aktiviert auch Bürgerinnen und Bürger. Ein Mehr an Vertrauen und an Akzeptanz stellt sich aber nicht automatisch ein. Sie kann die beschriebenen Phänomene und Enttäuschung sogar beschleunigen, wenn nicht klar genug ist, welche Regeln gelten und was von einem Beteiligungsverfahren erwartet werden kann. Hier wollen wir besser werden und 2016 gemeinsam mit dem Gemeinderat und Bürgerinnen und Bürgern einen solchen Rahmen beschreiben.

Was wir wohl bisher zu wenig in all den Diskussionen über unsere Demokratie beachten, ist, dass es keine einheitliche Meinung und Haltung in der Bevölkerung dazu gibt, was Demokratie eigentlich heißt und wie sie organisiert sein sollte.

Die Auffassungen, wie mehr Mitsprache zu erfolgen hat und wer am Ende die Entscheidung bestimmt, sind höchst unterschiedlich. Darauf haben Forscher des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung in einer großen Studie über Demokratie in Baden-Württemberg 2015 hingewiesen. Gerade unter den besonders Engagierten gibt es eine große Gruppe, die insbesondere für ihre eigenen Interessen ein unmittelbares Mitbestimmungsrecht einfordert. Für viele Fragen kann dies in der überwiegend repräsentativen Demokratie nur zu Enttäuschungen führen und zu einem Dauerdiskurs, dass dies keine echte Demokratie sei.

Der emeritierte Mannheimer Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmannsegg hat in der FAZ dazu geschrieben, dass die repräsentative Demokratie keine Notmaßnahme sei, weil man nicht alle Bürgerinnen und Bürger befragen könne, sondern ein Staatskonzept. Das sei in Vergessenheit geraten und führe dazu, dass es die latente Annahme gäbe, die Intervention des Bürgers habe grundsätzlich einen legitimatorischen Vorrang vor der Repräsentation. So sei es aber gerade nicht.

Ich denke, wir müssen diese Debatte jetzt führen, weil nur sie dafür sorgen kann, dass wir wertschätzender und bewusster mit unserer Demokratie umgehen. Im unreflektierten und nachlässigen Umgang mit unserem höchsten Gut, einer funktionierenden Demokratie, bestärken manche, die das überhaupt nicht wollen, die Argumentationsmuster derjenigen, die im Innersten eine autoritäre Führung wollen und in ganz Europa auf dem Vormarsch sind. Ich werbe um Achtsamkeit in einer Zeit der maßlosen und enthemmten Auseinandersetzung, wie wir sie durch das Verbreiten jeder Unterstellung und Bössartigkeit und die ständige Beachtung und Zitiererei der sogenannten sozialen Netzwerke selbst befeuern.

Unsere historische Erfahrung ist doch, dass wir die Herabwürdigung und Aushöhlung der demokratischen Instanzen und der die Demokratie tragenden Parteien nicht hinnehmen dürfen.

Zu den eindrucksvollsten Erlebnissen des letzten Jahres gehörte für mich ein Zeitzeugengespräch bei Gurs, dem Lager, in das vor 75 Jahren die badische und pfälzische jüdische Bevölkerung deportiert worden war.

Eine der Zeitzeuginnen, die heute in Großbritannien lebende Eva Mendelsohn, verwies darauf, dass wir nichts gelernt hätten, der Mensch nicht besser geworden sei. Mich hat das sehr bewegt.

In der Tat: Der Mensch als Individuum ist wohl kein anderer geworden, er ist in der Lage, Unfassbares zu tun, und Gesellschaften bleiben anfällig für Populismus, Hass und Ausgrenzung. Doch haben wir eines gerade gelernt: Vor Hass, Gewalt und Willkür schützt – nüchtern betrachtet –

nicht die individuelle Moral der Nachbarn und Freunde allein. Wenn es darauf ankommt, ist die Katastrophe schon eingetreten.

Der wirksamste und unverzichtbare Schutz ist der durch funktionierende Institutionen von Rechtsstaat und Demokratie.

Diese zentrale Erkenntnis der Nachkriegszeit prägt unsere Verfassung.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg war das Bewusstsein vom Wert der parlamentarischen Demokratie und ihrer Angreifbarkeit durch Herabwürdigung unter Berufung auf einen vermeintlichen Volkswillen sehr präsent. Die Erfahrung von Weimar war zentraler Lerninhalt in den Schulen und Orientierungspunkt auch in öffentlichen Debatten.

Daran sollten wir uns neu erinnern.

Dieses historische Bewusstsein hat Deutschlands Demokratie stark gemacht. Es hat uns bis in diese Tage davor bewahrt, dass Feinde des Rechtsstaats und der Demokratie eine dauerhafte parlamentarische Vertretung gefunden haben.

Diese Leistung der deutschen Demokratie beruht auf Erkenntnis und nicht auf Schuldgefühlen. Alfred Grosser, Schillerpreisträger unserer Stadt, hat dies seinen französischen Landsleuten gerade verdeutlicht, indem er darauf verwies, dass die Deutschen nicht deshalb so viele Flüchtlinge aufnehmen, weil sie Angst hätten wieder mit ihrer Vergangenheit konfrontiert zu werden, sondern weil sie aus der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Schlüsse gezogen hätten, wie eine humane Gesellschaft auszusehen habe.

Auch dies ist ein Beispiel für begründete Hoffnung, von der ich eingangs sprach, für ein Bewusstsein, das uns stärkt.

In diesem Bewusstsein unserer Stärken, meine Damen und Herren, wollen wir unsere Stadt gestalten.

Beim letzten Neujahrsempfang habe ich den polnisch-britischen Philosophen und Soziologen Zygmunt Baumann zitiert. Und ich will es heute wieder tun, weil dieses Zitat noch aktueller geworden ist und ich will damit schließen. Er schreibt :

„Wir haben die Wahl, ob sich unsere Städte in Orte des Schreckens verwandeln, an denen man jeden Fremden fürchten und argwöhnisch beobachten muss, oder ob in ihnen die Tradition der bürgerlichen Höflichkeit und der Solidarität mit Fremden fortgeführt wird, die mit jeder bestandenen Prüfung stärker wird – jetzt und in der Zukunft.“

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns die richtige Wahl treffen,

die bürgerliche Höflichkeit in diesem Sinne bewahren

und unsere Stadt stärker machen.

Wir können das.

Ich danke Ihnen.

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz auf dem Neujahrsempfang der Stadt Mannheim,
am 6. Januar 2016 im Mannheimer Rosengarten